

Deutscher Richterbund – LV Berlin, Eißholzstr. 30-33, 10781 Bln

Herrn
Dirk Stettner, MdA
Vorsitzender der CDU-Fraktion
Abgeordnetenhaus von Berlin
Margot-Friedländer-Platz
10117 Berlin

info@dirk-stettner.de

Deutscher Richterbund LV-Berlin
Eißholzstraße 30 – 33, 10781 Berlin
E-Mail info@drb-berlin.de
Geschäftsstelle
Tel: 030 / 9599 3483
Fax: 030 / 600 84 094

**Verein der Verwaltungsrichterinnen
und Verwaltungsrichter in Berlin e.V.**
Kirchstraße 7, 10557 Berlin
E-Mail: berlin@bdvr.de
Telefon: 030 / 9014-8351
Telefax: 030 / 9014-8790

Berlin, 19. Mai 2026

**Änderung des Berliner Richtergesetzes
(Freiwilliges Hinausschieben der Regelaltersgrenze)**

Sehr geehrter Herr Stettner,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Senat hat den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Berliner Richtergesetzes (Abghs-Drs. 19/2718) in das Abgeordnetenhaus eingebracht und sich damit eines wichtigen Anliegens der Richterschaft angenommen. Der Wunsch nach einem freiwilligen Hinausschieben der Altersgrenze findet gerichtsbarkeitsübergreifend unsere uneingeschränkte Unterstützung.

Mit Bedauern nehmen wir jedoch zur Kenntnis, dass das Abgeordnetenhaus den Entwurf bereits monatelang nicht inhaltlich behandelt hat. Nach dessen Überweisung in den Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten in der ersten Lesung am 6. November 2025 (Plen-Prot. 19/74 S. 7389) ist eine Beratung dort noch immer nicht erfolgt.

Wir fordern für unsere Kolleginnen und Kollegen erneut die Möglichkeit, die Lebensarbeitszeit freiwillig zu verlängern. Eine solche Regelung gibt es in vielen anderen Bundesländern, insbesondere in Brandenburg. Gerade weil künftig alle Kolleginnen und Kollegen bis zum 67. Lebensjahr arbeiten werden, gibt es bei derzeit pensionsnahen Jahrgängen das engagierte Interesse, aber nicht die Möglichkeit, dem Land freiwillig länger zu dienen. Das Gesetz wird dazu beitragen, dem Nachwuchsmangel in der Justiz entgegenzuwirken, es wird verhindern, dass Justizkompetenz rüstiger Kolleginnen und Kollegen in die Anwaltschaft

abwandert, es wird intensiveren Wissenstransfer an Jüngere ermöglichen und hierdurch etwa Straf- und Asylverfahren beschleunigen. Das Land Berlin spart überdies Pensionsaufwendungen in Millionenhöhe.

Die Verabschiedung des vorliegenden Gesetzentwurfs sollte unbedingt noch vor der Neuwahl des Abgeordnetenhauses realisiert werden. Es ist ein wichtiges innen-, rechts- und finanzpolitisches Vorhaben, das noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt werden muss.

Wir bitten Sie deshalb mit Nachdruck, sich innerhalb Ihrer Fraktion und bei anderen Abgeordneten, insbesondere bei den Mitgliedern des Rechtsausschusses, nunmehr für einen zügigen Fortgang und die Verabschiedung des geplanten Gesetzes einzusetzen. Die Koalitionsparteien sollten endlich einen Kompromiss finden und die Verlängerungsmöglichkeit jedenfalls für Kolleginnen und Kollegen ab dem Geburtsjahrgang 1962 schaffen. Sollte der sinnvolle Gesetzentwurf der Diskontinuität zum Opfer fallen, würde dies von den betroffenen Kolleginnen und Kollegen und den Verbänden als Versagen der Koalition wahrgenommen.

Für Rückfragen und ein persönliches Gespräch stehen wir Ihnen gern zur Verfügung!

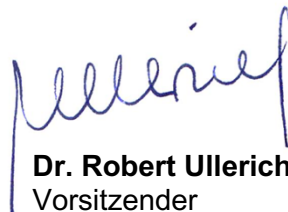
An den Vorsitzenden der SPD-Fraktion haben wir uns in dieser Sache ebenfalls gewandt.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Stefan Schifferdecker
Vorsitzender

*Deutscher Richterbund –
Landesverband Berlin*



Dr. Robert Ullerich
Vorsitzender

*Verein der Verwaltungsrichterinnen und
Verwaltungsrichter in Berlin e.V.*